

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66 · Amtliches Publikationsorgan · 90 Rp.

AKTUELL

Bundesratswahl wird am Fernsehen übertragen

Die Bundesratswahl vom kommenden Mittwoch für die Nachfolge des zurücktretenden Finanzministers Otto Stich wird am Fernsehen direkt übertragen. Wie ein Mitarbeiter des Pressedienstes des Fernsehens DRS am Mittwoch auf Anfrage sagte, ist für die Wahl des neuen Mitglieds der Landesregierung im Bundeshaus eine Direktübertragung zwischen 7.30 und 10 Uhr geplant.

Premier von Moçambique in der Schweiz



Gestern wurde der Premierminister von Moçambique, Pascoal Manuel Mocumbi (links), im Bundeshaus von Bundesrat Flavio Cotti empfangen. Der schweizerische Ausenminister führte mit seinem Gast unter anderem auch Gespräche über die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder.

3,5 Tonnen irakische Dinar beschlagnahmt

Auf dem Flughafen Genf-Cointrin ist ein Container mit 3,5 Tonnen irakischer Dinar beschlagnahmt worden. Herkunft und Zielort des Geldes waren zunächst nicht klar, wie EVD-Sprecher Yves Seydoux zu einem Bericht der Westschweizer Tagesschau erklärte. Der Container gelangte per Flugzeug nach Genf und steht seit dem 24. August im Zollfreilager des Flughafens. Zurzeit wird laut Seydoux abgeklärt, ob das Geld im Marktwert von rund 300 000 Franken in irgendeiner Form mit einem Verstoß gegen das UN-Embargo gegen Irak zu tun hat. Erst wenn diese Frage geklärt und die Form eines allfälligen Verfahrens bestimmt sei, werde weiter über den Fall informiert, sagte der Sprecher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD).

Erfahrungsaustausch über Geldwäscherei

Offizieller Besuch des österreichischen Bundesministers für Justiz Dr. Nikolaus Michalek



Der österreichische Bundesminister für Justiz Dr. Nikolaus Michalek und Gattin Christa trafen gestern mit Regierungschef Dr. Mario Frick und Gattin Andrea zusammen.

(s.e.) - Gestern mittag ist der österreichische Bundesminister für Justiz, Dr. Nikolaus Michalek, in Begleitung seiner Gattin sowie zweier hochrangiger Beamter seines Ministeriums zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in Liechtenstein eingetroffen. Im Vordergrund des Zusammentreffens steht der Erfahrungsaustausch und Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern der Justizbehörden beider Länder sowie verschiedene bilaterale und europäische Rechtsfragen, die gestern nachmittag auch Gegenstand eines Arbeitsgesprächs mit Regierungschef Dr. Mario Frick waren.

Wie Regierungschef Dr. Mario Frick als zuständiger Ressortinhaber Justiz auf Anfrage sagte, bestehen in Justizfragen zwischen Liechtenstein und der Republik Österreich seit vielen Jahren enge Kontakte und ein regelmässiger Erfahrungsaustausch. Dies rühre daher, dass in bezug auf das Strafrecht und im Zivilrechtsbereich eine Vielzahl von österreichischen Bestimmungen in angepasster Form in die liechtensteinische Rechtssprechung übernommen worden sind.

Von den Erfahrungen profitieren

Gestern nachmittag trafen sich Regierungschef Dr. Mario Frick und Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek zu einem Arbeitsgespräch im Regierungsgebäude. Erörtert wurden dabei gemäss Angaben des Regierungschefs verschiedene Fragen des Privatrechtsgesetzes. Ein aktuelles Thema bildete dabei unter anderem die geplante Abänderung des Strafge-

setzbuches hinsichtlich der Einführung der Bereichungsabschöpfung, der Geldwäscherei und des Insiderabstandes. Diese Vorlage, über die der Landtag in seiner Mai-Sitzung in erster Lesung beraten hat, ist sehr eng an das österreichische Strafgesetzbuch angelehnt.

Da die zweite Lesung im Landtag noch aussteht, sei Liechtenstein vor allem an den Erfahrungen unserer Nachbarn in bezug auf die Geldwäscherei interessiert. Dass sich die Rezeptionsgrundlage nach dem österreichischen Recht und den dort eingefügten speziellen Geldwäschereibestimmungen orientiert, sei für Liechtenstein der richtige Weg, wurde während der Eintretensdebatte im Landtag von einzelnen Abgeordneten festgehalten. Aufgrund der komplexen Materie solle man ohne wirkliche Notwendigkeit nicht von der Rezeptionsgrundlage abweichen. Ferner wurden Fragen des Datenschutzgesetzes, Fragen im Zusammenhang mit dem Verwaltungsgesetz, verschiedene Fragen des europäischen Privatrechts sowie europäische Themen, zu denen es gemeinsame Berührungspunkte gibt, von den Delegationen erörtert.

Burg Gutenberg besichtigt

An diesem Arbeitsgespräch haben liechtensteinischerseits neben Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungsekretär Leonhard Vogt, Ressortsekretär Norbert Hemmerle, der Leiter des Rechtsdienstes Dr. Norbert Marxer sowie der Leiter der Beratungs- und Beschwerdestelle iur. Günther Holzknecht teilgenommen. Im Anschluss an

das Arbeitsgespräch fand auf Burg Gutenberg in Balzers zunächst eine Besichtigung und anschliessend ein Empfang statt. Die liechtensteinischen Richter und die Staatsanwaltschaft hatten bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit, mit den österreichischen Gästen in persönlichen Kontakt zu treten und die engen Beziehungen zu vertiefen.

Empfang auf Schloss Vaduz

Bundesminister Dr. Michalek ist in Begleitung seiner Gattin Christa, Dr. Georg Kathrein, Abteilungsleiter in der Zivilrechtssektion, sowie Amtsdirektor und Regierungsrat Otto Müller nach Liechtenstein gekommen. Im Mittelpunkt des heutigen zweiten Besuchstages steht ein Empfang von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie auf Schloss Vaduz mit anschliessendem Mittagessen im Mittelpunkt.

Zuvor werden die Gäste laut Protokoll das Liechtenstein-Institut in Bendern und die Ausstellung «Fünf Jahrhunderte italienische Kunst aus den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein» besuchen. Bereits gestern haben die Gattin des Regierungschefs, Andrea Frick, und die Gattin des Bundesministers, Christa Michalek, im Rahmen eines Damenprogrammes die liechtensteinische Kunstschule in Eschen besucht. Zum Abschluss des zweitägigen Besuches folgt die Besichtigung des Biedermann-Hauses in Schellenberg und gegen Abend wird Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek Liechtenstein wieder verlassen und nach Österreich zurückkehren.

KOMMENTAR

Die ganze Welt protestiert gegen die französischen Atomversuche, die halbe Welt erging sich im Vorfeld der Frauenkonferenz in Protesten gegen die Menschenrechtsverletzungen in China. Nur das Fürstentum Liechtenstein schweigt. Ausenministerin Dr. Andrea Willi übt sich, obwohl an der Peking Konferenz dabei, in Zurückhaltung.

Als im Landtag der VU-Abgeordnete Dr. Walter Hartmann anfragte, ob die Regierung schon einen Protest gegen die Atomversuche in Richtung Paris geschickt habe, musste die Antwort der gegenwärtigen Politik des Leistretens zwangsläufig «Nein» lauten. Zwar fiel die Protestaktion des Landtags auch relativ harmlos aus, doch die Begründung der Ausenministerin scheint ein-

Laue Angelegenheit

fach unschlagbar simpel zu sein: Das Vorgehen der Regierung befinde sich in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis, wonach nicht einzelne Staaten namentlich in Form einer Protestnote oder mit ähnlichen Mitteln auf die Haltung der Regierung aufmerksam gemacht werde.

In Peking wird die liechtensteinische Ausenministerin seit ihrer Ansprache an der Weltfrauenkonferenz zu den Lieblingen gehören, zum Kreis derer, die nicht die schöne Harmonie der Machthaber stören. «Es ist unser Wunsch», erklärte sie in ihrem Statement, «dass für die Probleme, mit welchen die Welt heute konfrontiert wird, eine gerechte, befriedigende und ausgewogene Lösung gefunden werden kann, indem eine aktive Teilnahme von Frauen und Männern gemeinsam in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens ermöglicht wird». Solche Wünsche hat die chinesische Führung auch, ebenso wie andere Staaten, in denen die Menschenrechte auch mit Füssen getreten werden.

Zwei verpasste Chancen für die Ausenpolitik eines Kleinstaates, der sich überall bemüht, seine Eigenständigkeit unter Beweis zu stellen und sich Gehör als gleichberechtigter Partner verschaffen möchte. Vielleicht wollte die Ausenministerin in Peking gar nicht auffallen.

Das könnte durchaus seinen Grund haben: Noch ganz schnell vor ihrer Abreise nämlich brachte sie das Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau durch die Regierung. Wenn die Frage gestellt worden wäre, wo die Gleichberechtigung in Liechtenstein noch nicht verwirklicht worden ist, dann hätte sie wohl klein beigeben müssen: Die VU-Regierungsmehrheit seit 1978 weist eine magere Bilanz auf.

Günther Meier

TEPPICHE

Objekt und Wohnung

THONY
FL. 9494 Schaan
Bahnhofstr. 16
Tel. 075/232 44 22

WOHNEN

Neat-Überbrückungskredit für Vorarbeiten gesichert

Mittel-Freigabe für Löscher und Gotthard - Grundsatzdebatte über Sinn der Neat

Bern (AP) Der Überbrückungskredit für die Neat-Vorarbeiten ist gesichert. Der Nationalrat stimmte den 855 Millionen Franken zu und befürwortete wie schon der Ständerat die Freigabe von Mitteln am Gotthard wie am Löscherberg. Vorschläge zum Verzicht auf die eine oder andere Röhre fanden in einer Grundsatzdebatte wenig Gehör.

Der Nationalrat hiess den Bundesbeschluss über den zweiten Neat-Verpflichtungskredit mit 99 gegen 35 Stimmen bei 18 Enthaltungen gut. Demnach verfügt der Bundesrat für die nahtlose Fortsetzung der Planungs- und Sondierarbeiten über 160 Millionen Franken für die Gotthard- und 50 Millionen für die Löscherbergstrecke. Der Bundesrat hatte ursprünglich lediglich Mittel für den Zwischenangriff in Sedrun freigeben wollen, die Räte gaben auch das Geld für Sondierungen in Ferden frei. Die restlichen

645 Millionen Franken des Kredites stehen erst nach der definitiven Klärung der Neat-Finanzierung zur Verfügung.

Obwohl mit den freigegebenen Mitteln keine Präjudizien für Zufahrtslinien und Basistunnel geschaffen werden dürfen, gab die Vorlage Anlass zu einer mehrstündigen Grundsatzdebatte über die Neueisenbahn-Alpentransversale (Neat). Es gelte zu bedenken, dass das Volk bereits dreimal ja zu Bahnprojekten gesagt habe, nämlich zur Bahn 2000, zur Neat sowie zur Alpen-Initiative, sagten Kommissionsprecher Peter Bircher (CVP/AG), unterstützt von Bundesrat Adolf Ogi und der Mehrheit der Fraktionssprecher. Für die Neat sprächen weiter die internationalen Verpflichtungen der Schweiz aus dem Transitvertrag und die verbesserte Verbindung der Schweizer Regionen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sei gerade jetzt ein an-

tizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand angezeigt, so Bircher.

In der Eintretensdebatte standen sich hauptsächlich zwei Haltungen gegenüber: Die Vertreter der vier Bundesratsparteien argumentierten mit Bundesrat Adolf Ogi, der Überbrückungskredit erlaube die notwendigen Abklärungen und damit die Bereitstellung von Grundlagen für den späteren Neat-Varianten-Entscheid.

Die Grünen, die Mehrheit der LdU/EVP-Fraktion sowie FPS, Lega und SD vertraten dagegen, solange die Finanzierungsfrage nicht geklärt und das Bauprojekt nicht abschliessend festgelegt sei, dürften nicht weitere Mittel gesprochen werden. Im übrigen sei der erste Neat-Verpflichtungskredit in der nächsten Zeit noch nicht ausgeschöpft, für neue Kredite bestehe deshalb keine Dringlichkeit.

VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIUSPASSAGE